DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Wesel

Haushaltsrede 2016 des Fraktionsvorsitzenden Norbert Segerath 15.12.2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren.

Als Erstes möchte ich mich für die bisherige gute Zusammenarbeit mit allen, der hier im Rat der Stadt Wesel vertretenen Fraktionen bedanken. Wir alle wollen das Beste für unsere Stadt und die Bürger. Unterschiedlich sind nur die Wege dorthin. Aber darüber kann und muss man sich unterhalten. Und das geschieht hier.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste.
Immer wieder werden uns bestimmte Begriffe ins Hirn getrommelt. Zum Beispiel Sparen. Ein Begriff, der positiv besetzt ist. Hier bedeutet er aber Kürzungen. Kürzungen, die vor allem im sozialen Bereich, im Bereich Bildung, Infrastruktur, Kultur und bei anderen sogenannten freiwilligen Leistungen vorgenommen werden.
Als nächstes Senkung der Standards. Hört sich auch nicht weiter schlimm an, bedeutet aber, dass die Bürger zum Teil große Einbußen an Lebensqualität hinnehmen müssen. Ob zum Beispiel jemand im Straßenverkehrsamt, das in Zukunft samstags geschlossen bleiben soll, nicht mehr seine Zulassung bekommt, weil dort auf Teufel komm raus gespart werden soll, kann uns nicht egal sein. Ebenso wenig, wie wenn ein Bad geschlossen wird und die Zeiten, in denen das verbleibende Bad den Vereinen und auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, stark verkürzt werden.
Das sind nur zwei Beispiele von den vielen, die hier aufzuzählen den heutigen Zeitrahmen sprengen würde.
Mit diesen beiden Begriffen - Sparen und Standardsenkungen - werden hier im Rat, Kreis, Land und Bund all die sozialen Härten umschrieben, die seitens der Politik zur Haushaltskonsolidierung führen sollen. Dabei befinden wir uns sowohl als Stadt als auch im Kreis in einem Hamsterrad. Wir können rennen und rennen und kommen doch keinen Schritt weiter. Ursache der verzweifelten Lage, in der sich viele Kommunen und, wie zu befürchten ist, auch bald unsere Stadt befinden bzw. befinden werden, ist die chronische Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden durch das Land und den Bund. Man kann

noch den Jubel über zig Milliarden schwere Überschüsse aus unvorhergesehenen höheren Steuereinnahmen hören. Schäuble, Gabriel und Borjahn (auch dafür hat er den Eselorden verdient) verkündeten voller Stolz die Zahlen der unverhofften Mehreinnahmen. Aber wo sind sie denn dann geblieben?! Bei uns ist nichts angekommen, was uns wirklich weiterhilft. Es sieht so aus, dass die Mehreinnahmen vor dem Ende der Verteilungskette versickert sind.
Und genau dies ist der Grund, warum wir, die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wesel, keine Kürzungsvorschläge machen werden. Im Gegenteil: wir möchten die bisher eingebrachten Vorschläge kritisch betrachten und auf ihre Sinnhaftigkeit prüfen.
Allerdings möchte ich hier mit einem positiven Umstand beginnen. Eine Begebenheit, in der das Geld zuerst mal gar keine Rolle gespielt hat, von einigen kleinlichen Bemerkungen - Stichwort Laminat am Lippeglacis - mal abgesehen, sondern der Gedanke zu helfen und den Menschen beizustehen, im Vordergrund stand.

Flüchtlinge

Was die Verwaltung im Zusammenspiel mit ehrenamtlichen, freiwilligen Helfern, mit den Hilfsorganisationen und auch der Wirtschaft in der Flüchtlingsproblematik aus dem Stand geschaffen hat, ist einfach nur beispielhaft. Ebenso positiv ist zu bemerken, dass die Welle der Hilfsbereitschaft auch mit der Zeit nicht abgeebbt ist. Weiterhin gehen Spenden ein, eine Koordinierungsstelle wurde seitens der Verwaltung eingerichtet, Die Flüchtlinge, die sich im Übergangsheim am Lippeglacis in der Obhut der Stadt Wesel befinden, werden egal wann und wie sie ankommen, erstversorgt. Ob medizinisch, mit Kleidung, Essen und Trinken, Spielsachen, Freizeitangeboten. Für alles ist gesorgt. Gleiches kann man auch von den, in der Trappstraße untergebrachten, dem Kreis unterstellten Flüchtlingen sagen. Vesalia hospitalis wurde und wird gelebt. Dafür nochmals allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Städtische Bäder

Wir befürworten die Sanierung des Heubergbades unter Einbeziehung der Fördermittel von ca. 2 Mio. mit ca. 3 Mio. € Eigenmitteln über 3 Projektstufen verteilt. Wir halten ein funktionierendes Hallenbad - gerade in der Lage - für sehr wichtig. Es geht hier um Lebensqualität, Freizeit und nicht zuletzt auch um das Schwimmen lernen. 55 % aller Kinder wechseln als Nichtschwimmer in die weiterführenden Schulen. Eine Zahl, die in einer Gegend mit derart viel Wasserfläche besorgniserregend ist.

Die Übernahme des Bislicher Hallenbades durch die Vereine halten wir für nicht durchführbar, ebenso wie die Verlagerung des Schulschwimmens auf das Heubergbad. Beide Bäder sind voll ausgelastet, eine Verlagerung des gesamten Schulschwimmens auf das Heubergbad wäre praktisch nicht möglich und würde zu eklatanten Einschnitten in das Angebot des Bades führen
Wir halten die von den Vereinen in ihrem Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheids formulierte Forderung auf die Weiterführung des Bades in Bislich in der bisherigen Organisationsform und Trägerschaft für richtig.
Die dort genannten Kosten von 130.000 € pro Jahr würden auch eventuell nötige Reparaturen am Hubboden des Bades abdecken. Wir erwarten vom Rat, dass er den durch die Bürger manifestierten Willen respektiert.
In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, dass der Aufwand der Stadt als Schulträger für das Schulschwimmen im Haushalt nicht korrekt ausgewiesen wird. Die Überweisung der Stadt an die Bädergesellschaft in Höhe von 95.000 € für die Nutzung aller drei Weseler Bäder durch die Schulen der Stadt und des Kreises ist im Haushalt als allgemeine Sportförderung ausgewiesen. Aber nur für die Nutzung der Hallenbäder durch die Schulen müssten bei den Schulträgeraufwendungen mindestens 200.000 € ausgewiesen werden. Es kann nicht richtig sein, Pflichtaufgaben der Stadt kleinzurechnen und ihnen den Anschein von freiwilligen Leistungen zu geben.

Dass die Fraktion der Bündnis 90 / Grünen, die Mitglieder der WfW, und auch die FDP, die ja im Mai dem Haushaltsvorschlag zugestimmt haben, jetzt zu der Erkenntnis gekommen sind, das Bad nicht bzw. nicht zum damals beschlossenen Zeitpunkt zu schließen, und somit folgerichtig ihre damalige Zustimmung zurückgezogen haben, sagt uns, dass die Vernunft hier noch nicht gänzlich ausgeschaltet wurde.

Schule und Sport

Eine überaus positive Änderung in der Schullandschaft wurde im ablaufenden Jahr auf den Weg gebracht. Der gemeinsame Beschluss der Fraktionen DIE LINKE, WWW/Piraten, Bündnis 90/Grüne und SPD, durch eine Dependance der Gesamtschule am Lauerhaas in der Stadtmitte diese auf acht Züge zu erweitern, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Es wurde viel diskutiert und eigentlich ist alles gesagt. Aber eine Zahl möchte ich doch noch nennen. 57 Schülerinnen und Schüler, die mit einer Hauptschulempfehlung die Gesamtschule besuchten, haben in den Jahren 2013, 2014 und 2015 ihr Abitur gemacht. Herzlichen Glückwunsch dazu. 57 Biografien, die sich nachhaltig verändert

haben. 57 Menschen mit einer gänzlich anderen Zukunftsperspektive, als sie ihnen im zarten Alter von 10 Jahren zugewiesen wurde.
Wir wollen und können keinen zurücklassen.
Jetzt muss die Stadt als Schulträger die räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass die erweiterte Gesamtschule sich erfolgreich entwickeln kann. Wir dürfen aber die auslaufenden Schulen, die Realschule Mitte und die Martini-Hauptschule, nicht aus dem Auge verlieren. Auch die Kinder an diesen Schulen brauchen gute Rahmenbedingungen.
Der jetzt hoffentlich zügig erfolgende Ausbau der Hausmeisterwohnung und des Dachgeschosses in Büderich wird die Raumnot der dortigen Grundschule entschärfen. Bei den übrigen Grundschulen in Wesel muss die Stadt durch eine konsequente Festlegung der Zügigkeit und klare Regeln für die Aufnahme der Kinder eine vernünftige Raumnutzung erreichen. Eine besondere Herausforderung sowohl für die Schulen als auch für die Stadt wird die Beschulung der Flüchtlingskinder. Daneben werden die Schulen die vermehrte Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf trotz unzureichender Personalausstattung schultern müssen. Wir halten deshalb nach wie vor die drastische Verminderung von FSJ-Stellen an den Schulen für falsch und treten weiter für eine Aufstockung ein. Der Rat hat sich in seiner letzten Sitzung einstimmig dazu verpflichtet, Mittel im Haushalt, die bisher für Kinder mit besonderem Förderbedarf vorgesehen waren, nicht zu kürzen. Wir werden darauf achten und diese gegebenenfalls einfordern.

Jugendhilfe und Soziales

Und es gibt doch noch eine positive Entwicklung zu vermelden. Im letzten Jahr wurde der von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuch unternommen, die Kosten im Jugendhilfesektor durch eine Deckelung des Etatansatzes zu begrenzen. Weil es sich dabei im Wesentlichen um Pflichtaufgaben handelt, wurde der entsprechende Teilhaushalt im Jugendhilfeausschuss, dem zuständigen Fachausschuss, in dem neben Vertretern aus der Politik auch die freien Träger stimmberechtigt sind, zu Recht mehrheitlich abgelehnt. In diesem Jahr sind die Ansätze deutlich realistischer. Ob sie am Ende reichen werden, ist dennoch ungewiss, wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat.
Um bei den Kosten für familienunterstützende oder familienersetzende Hilfen zur Erziehung positive Effekte zu erzielen, muss auf Prävention gesetzt werden. Niedrigschwellige Angebote für junge Familien und Menschen in schwierigen Lebenslagen müssen unterstützt werden, etablierte Strukturen müssen erhalten bleiben und

weiterentwickelt werden. Eine gute Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen von der U3-Betreuung, über Kindertagesstätte, Grundschule, offenen oder geschlossenen Ganztag bis zum Ende der weiterführenden Schulen gehört unbedingt dazu. Flankierend dazu müssen sinnvolle Freizeitaktivitäten in Jugendheimen und Vereinen gefördert werden. Beratungs- und Hilfsangebote für unterschiedliche Problemlagen wie beispielsweise Schwierigkeiten in der Familie oder der Schule oder Suchtgefahren müssen einfach, zeitnah und kostenfrei verfügbar sein.
Kinder sind unsere Zukunft. Investitionen in Kinder sind Zukunftsinvestitionen. Es erscheint absurd, zuerst Unmengen von Geld für die Entwicklung eines Neubaugebietes auszugeben, weil man die Grundstücke den Besitzern zu überzogenen Preisen abkauft, und dann den Bau einer Kindertageseinrichtung in diesem Neubaugebiet abzulehnen, weil die Grundstücke zu teuer waren und deshalb vermarktet werden müssen. Bei den Schulen hat man sich allgemein auf das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ verständigt. Und im Bereich der noch nicht schulpflichtigen Kinder mit den noch kürzeren Beinen möchte man die Wege weiter machen, sodass sie nur mit dem Auto zu bewältigen sind. Abgesehen davon, dass nicht allen Betroffenen ein Auto zur Verfügung steht, ist das auch unter Umweltgesichtspunkten eine gänzlich verfehlte Planung. Außerdem ist es für den Aufbau und die Pflege sozialer Beziehungen der Kinder untereinander nicht förderlich.
Auch die Sozialausgaben sind im Wesentlichen von Pflichtaufgaben bestimmt. Hier gibt es nichts zu sparen. Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangebote für den betroffenen Personenkreis müssen unbedingt fortgeführt werden, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen und Perspektiven für eine bessere Zukunft zu eröffnen. Ausgehend von den Prognosen zum Anstieg der Altersarmut werden wir uns langfristig auf deutlich höhere Ausgaben im Sozialbereich einstellen müssen. Auch da wird eine Deckelung der Etatansätze keine Wirkung zeigen.

ASG

Die ASG ist ein, sehr gut funktionierender städtischer Betrieb, der seine Aufgaben sach- und fachgerecht erledigt. Zu befürchten ist jedoch, dass er auf Grund der im Betriebsausschuss gegen unsere Stimmen beschlossenen Standardsenkungen, die ja nichts anderes bedeuten als Qualitätsminderung, diese ihm übertragenen Aufgaben nicht mehr vollumfänglich ausführen kann. Die beschwichtigende Formulierung, dass jede Senkung des Standards im Ausschuss besprochen und diskutiert werden soll, kann bei dem augenblicklichen Mehrheitsverhältnis nicht wirklich beruhigen.

Stadtentwicklung

Wesel benötigt preiswerten und damit bezahlbaren Wohnraum. Zwar sind wir in Wesel von der Situation in den meisten Großstädten, die gekennzeichnet sind von Wohnungsnot und extrem hohen und stetig steigenden Mieten deutlich entfernt, doch, wer heute in Wesel eine Mietwohnung sucht, hat es schwer in der Stadt geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das gilt sowohl für Familien, Singles und Rentner/innen. Das bedeutet, es müssen mehr Mietwohnungen gebaut werden. Das bedeutet auch, wir benötigen mehr Anstrengungen im Geschosswohnungsbau. Die begonnenen Neubauten für 21 Mietparteien auf der Kraftstraße können in begrenztem Maße als Beispiel dienen. Wo höchsten zwei bis drei Eigenheime für jeweils eine Wohnpartei errichtet werden könnten, sind es im Geschosswohnungsbau 21. Auch so kann dem weiteren Flächenfraß begegnet und Druck vom Außenbereich genommen werden. Darüber kann Wesel auch mit dieser Art des Wohnungsbaus wachsen. Allerdings müssen zu diesen Wohnungen im gehobenen Preissegment auch preiswertere Wohnungen hinzukommen.
Eine Wohnungsbaupolitik, die ihren Schwerpunkt auf die Errichtung von Siedlungshäusern setzt, lenkt in die falsche Richtung – auf erhöhtem Flächenverbrauch, Zersiedlung und auf Wesel als Autostadt. Verfehlt wird hingegen die Bedienung von Singles, Rentnern und Rentnerinnen, der großen Anzahl von Bürgern und Bürgerinnen, die sich hohe Mieten nicht leisten können, und auch die der zu erwartenden Zuzüge von Menschen aus den Krisen- und Kriegsgebieten.

Flächenverbrauch

Der Niederrheinische Bauernverband beklagte vor Kurzem den Flächenverbrauch durch Straßenbau, Neuansiedlungen u. ä. Es ginge wertvolles Acker- und Weideland verloren. Da hat er recht. Dabei wurde allerdings schamhaft der ungeheure Flächenverbrauch durch extensive Auskiesung verschwiegen.
Hier wird nämlich nicht renaturiert, sondern bestes Acker- und Weideland in eine Seenlandschaft umgewandelt.

Fahrradstadt Wesel

Wesel ist eine fahrradfreundliche Stadt. Das soll auch so bleiben. Mehr noch: die Möglichkeiten eines gefahrlosen und kräftesparenden Fahrradverkehrs müssen ausgebaut werden. Dazu gehören auch großzügig bemessene Fahrradwege und Angebotsstreifen, obwohl es sicher auch sinnvoll sein kann, die Fahrradfahrer auf die Straße zu holen, damit sie von den Autofahrern auch als Verkehrsteilnehmer wahrgenommen werden. Dazu

gehört vor allem, dass Hindernisse, d.h. zu steile Anstiege bei Brückenauffahrten, vermieden werden, und nach Lösungen insbesondere für die Theodor-Heuss-Brücke gefunden werden. Aber machen wir uns nichts vor: die Siedlungsstruktur in Wesel verlangt nach wie vor das Auto. Das Fahrrad kann unter den gegenwärtigen Bedingungen das Auto nicht ablösen. Dazu müsste sich die Siedlungsstruktur ändern, Wohnen und Infrastruktur müssten wieder zusammen kommen.

Straßenerhalt und Straßenbau

Viele Straßen in Wesel müssen erneuert werden. Einem Verfall ist vorzubeugen. Bei einigen Straßen reicht eine neue Fahrbahndecke. Bei anderen ist eine grundlegende Sanierung notwendig. Bei alledem, insbesondere bei der Grundsanierung muss auf die Kosten geachtet werden und zwar nicht nur für Stadt, sondern auch für die Anlieger /innen. Das gilt insbesondere dann, wenn die Straßenerneuerung vom Land gefördert wird, die Stadt nur geringe Belastungen hat, die Anwohner aber enorme Summen zu schultern haben.

Tourismus und Naherholung

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder versucht, das Naherholungsgebiet, nicht nur der Weseler Bevölkerung, den Auesee wirtschaftlichen oder anderen besonderen Interessen zugänglich zu machen.
Ich denke dabei an die immer verzweifelter wirkenden Versuche, dort touristisch etwas anzusiedeln, an den Tretbootverleih, die Restaurants, den Jollenhafen und nicht zuletzt ein Kombibad.
Das alles wollen die Weseler nicht. Das zeigen die öffentlichen Reaktionen auf diese Begehrlichkeiten. Der Auesee soll bleiben, wie er ist, von Mensch und Tier gleichermaßen nutzbar, ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt.
Das Tourismuskonzept: 50.000 € hat es gekostet. Ein Hochglanzpapier mit Vorschlägen, die für unsere Stadt ebenso unsinnig wie nicht zu verwirklichen und unbezahlbar sind. Leuchtturmobjekte, Seebühne, Festspiele á la Bregenz, Restaurants und Freizeitangebote natürlich am Auesee. 50.000 € für eine Auflistung von Attraktivitäten in Wesel – die wir im Übrigen schon kennen – und völlig überzogenen Maßnahmen, Wesel noch attraktiver zu machen. Es bleibt abzuwarten, was Wesel Marketing aus diesem Konzept umsetzen möchte bzw. umsetzen kann.

Stundenkürzung

Aber kommen wir zu einem weiteren Posten in den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung:
Da wäre die Stundenreduzierung der Fraktionssekretariate, die zu einem Minderaufwand von lächerlichen 25.000 € führen sollen. Vollmundig wurde erklärt, dass die Politik ein Zeichen setzen muss, damit der Bevölkerung gezeigt wird, dass sich auch die Politik in dieses Kürzungspaket einbezieht. Und was fällt den zustimmenden Parteien dann ein? Nicht etwa dass die Aufwandsentschädigungen bzw. Zuwendungen für Aufsichtsrats-, Zweckverbands- oder Verwaltungsratsmitglieder gekürzt werden. Nein, es trifft die Fraktionssekretäre und Sekretärinnen. Eine Gehaltskürzung von 20 % kann nicht hingenommen werden.

Die Attraktivität unserer Stadt als Wohnort erhöht sich durch Sozial- und Standardsenkungen nicht. Das bedeutet aber auch, dass es sich Unternehmen mehr und mehr überlegen werden, sich hier nieder zu lassen, wenn es nicht gelingt, junge Familien und damit gut ausgebildete Arbeitnehmer anzusiedeln. Die achten nämlich darauf, ob die Kindergärten in ihrer Nähe, die Schulen gut gepflegt und erreichbar sind, und vor allem, ob auch das Freizeitangebot entsprechend vorhanden ist.
Hier scheint die schwäbische Hausfrau mal wieder zugeschlagen zu haben. Bei mir heißt diese Hausfrau Milchmädchen, denn die Rechnung, die hier aufgemacht wird, kann nicht aufgehen.

Fazit
Zum Schluss noch eine allgemeine Bemerkung: Alle Reden von leeren Kassen und dem unbedingten Zwang zum Kürzen. In welch einem Land leben wir eigentlich? Ist hier die Wirtschaft zusammengebrochen? Erleben wir eine tiefe Rezession? Ganz im Gegenteil – aber wir leben in einem der wenigen wirtschaftlich entwickelten Länder, in dem es keine Vermögenssteuer gibt, in einem Steuerparadies für Erben großer Betriebsvermögen, in einem Land, in dem eine Frau Kladden für ihre milliardenschweren Einkünfte aus ihren Beteiligungen nur 25% Steuern zahlt - es sind ja nur Kapitaleinkünfte, weniger als die Arbeiter am Band bei BMW. Es läge in der Hand ihrer Parteifreunde von CDU und SPD in Berlin, dies zu ändern.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wesel kann die Haushaltsplanung nicht mittragen und wird den Haushalt deshalb ablehnen.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.